

Geldwäschegesetz (GwG)

Kommentar

Bearbeitet von

Herausgegeben von Prof. Dr. Felix Herzog, und Dr. Olaf Achteik, Rechtsanwalt, Dr. Steffen Barreto da Rosa, Dr. Julia Figura, Senatsrätin, Dr. Mohamad El-Ghazi

3. Auflage 2018. Buch. XXXIX, 986 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 69391 5

Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Bankrecht, Kapitalmarktrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Herzog
Geldwäschegesetz


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Geldwäschegesetz (GwG)

Herausgegeben von

Prof. Dr. Felix Herzog

Professor an der Universität Bremen

und

Dr. Olaf Achtelik

Rechtsanwalt

Berlin

Bearbeitet von den Herausgebern und

Dr. Julia Figura

Senatsrätin
Bremen

Dr. Steffen Barreto da Rosa

Kriminaloberrat beim
Bayerischen LKA

Dr. Mohamad El-Ghazi

Wissenschaftl. Mitarbeiter an der
Universität Bremen

3. Auflage

2018



C.H.BECK

Zitiervorschlag:

Bearbeiter in Herzog GwG § 1 Rn. 1



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69391 5

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Gutenbergstraße 8, 93051 Regensburg

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Obwohl die letzte Auflage dieses Kommentars erst in 2014 erschien, haben sich seitdem die rechtlichen Grundlagen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundlegend gewandelt. Dies findet insbesondere in der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie und in dem diese in deutsches Recht implementierenden Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ihren Grund. Durch dieses Gesetz wurden insbesondere das bestehende GwG und auch geldwäscherechtliche Vorschriften in anderen Gesetzen, allen voran dem KWG, weitgehend neu gefasst. Von den Neuerungen im GwG besonders hervorzuheben ist zunächst die sich nunmehr für alle Verpflichteten ergebende Notwendigkeit zur Erstellung einer Risikoanalyse, an der die weiteren Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auszurichten sind. Mit Blick auf wirtschaftlich Berechtigte sind die neu eingefügten Vorschriften zum Transparenzregister von Bedeutung. Hervorzuheben ist ferner die Einrichtung der FIU bei der Generalzolldirektion. Darüber hinaus greift die 3. Auflage des Kommentars auch die neu gefasste Geldtransferverordnung sowie das neu gefasste ZAG auf. Mit Blick auf die andauernden Diskussionen über eine Fünfte EU-Geldwäscherichtlinie sowie die von der BaFin in Aussicht gestellte Verlautbarung zur Geldwäsche wird das Thema auch zukünftig weiterhin Dynamik besitzen. Schließlich wurde die Kommentierung zum Geldwäschetatbestand (§ 261 StGB) auf den neuesten Stand gebracht und die Vorschrift des StGB zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (§ 89c StGB) neu zur Kommentierung hinzugefügt.

Die Herausgeber möchten sich an dieser Stelle ganz herzlich bei Frau Dr. Silke Warius und Prof. Dr. Cornelius Nestler als Bearbeitern der 1. und 2. Auflage bedanken, die für die Bearbeitung der 3. Auflage aus beruflichen und persönlichen Gründen allerdings nicht mehr zur Verfügung stehen konnten. Zugleich begrüßen wir an dieser Stelle als neue Bearbeiter mit Dr. Julia Figura, Dr. Steffen Barreto da Rosa und Dr. Mohamad El-Ghazi drei profunde Experten und danken Ihnen für Ihr Engagement bei der Erstellung der neuen Auflage des Kommentars.

In der Endphase der Bearbeitung hat Frau Martha Rauschert, Mitarbeiterin am Lehrstuhl Herzog, mit großem Einsatz und Zuverlässigkeit geholfen. Ebenso habe ich meinen Mitarbeiterinnen Shirin Dirks und Selma Sarilmaz zu danken.

Felix Herzog

Olaf Achtelik



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Einleitung	1
-------------------	----------

Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten	
Geldwäschegesetz – GwG	69

Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete

§ 1	Begriffsbestimmungen (Figura)	69
§ 2	Verpflichtete, Verordnungsermächtigung (Figura)	109
§ 3	Wirtschaftlich Berechtigte (Figura)	179

Abschnitt 2. Risikomanagement

§ 4	Risikomanagement (Herzog)	193
§ 5	Risikoanalyse (Herzog)	196
§ 6	Interne Sicherungsmaßnahmen (Herzog)	203
§ 7	Geldwäschebeauftragter (Herzog)	217
§ 8	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (Herzog)	224
§ 9	Gruppenweite Einhaltung von Pflichten (Achtelik)	230

Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden

§ 10	Allgemeine Sorgfaltspflichten (Figura)	240
§ 11	Identifizierung (Figura)	299
§ 12	Identitätsprüfung, Verordnungsermächtigung (Figura)	319
§ 13	Verfahren zur Identitätsprüfung (Figura)	328
§ 14	Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Figura)	331
§ 15	Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung (Achtelik)	340
§ 16	Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet (Achtelik)	379
§ 17	Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung (Figura)	387

Abschnitt 4. Transparenzregister 408

§ 18	Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle (Figura)	408
§ 19	Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten (Figura)	414
§ 20	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen (Figura)	420
§ 21	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen (Figura)	433

Inhaltsübersicht

§ 22	Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung (Figura)	437
§ 23	Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung (Figura)	443
§ 24	Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung (Figura)	451
§ 25	Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung (Figura)	453
§ 26	Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung (Figura)	460

Abschnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

Vorbemerkungen zu Abschnitt 5 – Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa)		462
§ 27	Zentrale Meldestelle (Barreto da Rosa)	470
§ 28	Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit (Barreto da Rosa)	474
§ 29	Datenverarbeitung und weitere Verwendung (Barreto da Rosa)	486
§ 30	Entgegennahme und Analyse von Meldungen (Barreto da Rosa)	493
§ 31	Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht (Barreto da Rosa)	504
§ 32	Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen (Barreto da Rosa)	515
§ 33	Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Barreto da Rosa)	528
§ 34	Informationersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (Barreto da Rosa)	539
§ 35	Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (Barreto da Rosa)	541
§ 36	Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund (Barreto da Rosa)	551
§ 37	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien (Barreto da Rosa)	552
§ 38	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind (Barreto da Rosa)	560
§ 39	Errichtungsanordnung (Barreto da Rosa)	564
§ 40	Sofortmaßnahmen (Barreto da Rosa)	567
§ 41	Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten (Barreto da Rosa)	576
§ 42	Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa)	581

Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten

Vorbemerkung zu Abschnitt 6 – Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten (Barreto da Rosa)		587
§ 43	Meldepflicht von Verpflichteten (Barreto da Rosa)	595
§ 44	Meldepflicht von Aufsichtsbehörden (Barreto da Rosa)	626
§ 45	Form der Meldung, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa)	629

Inhaltsübersicht

§ 46	Durchführung von Transaktionen (Barreto da Rosa)	634
§ 47	Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa)	641
§ 48	Freistellung von der Verantwortlichkeit (Barreto da Rosa)	653
§ 49	Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten (Barreto da Rosa)	658

Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz

§ 50	Zuständige Aufsichtsbehörde (Achtelik)	668
§ 51	Aufsicht (Achtelik)	672
§ 52	Mitwirkungspflichten (Achtelik)	683
§ 53	Hinweise auf Verstöße (Herzog)	687
§ 54	Verschwiegenheitspflicht (Herzog)	690
§ 55	Zusammenarbeit mit anderen Behörden (Barreto da Rosa)	693
§ 56	Bußgeldvorschriften (Barreto da Rosa)	703
§ 57	Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen (Herzog)	735
§ 58	Datenschutz (Herzog)	738
§ 59	Übergangsregelung (Herzog)	739
Anlage 1	(zu den §§ 5, 10, 14, 15)	741
Anlage 2	(zu den §§ 5, 10, 14, 15)	742

Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)

§ 6a	KWG – Besondere Aufgaben (Achtelik)	743
§ 24c	KWG – Automatisierter Abruf von Kontoinformationen (Achtelik)	764
§ 25g	KWG – Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr (Achtelik)	782
§ 25h	KWG – Interne Sicherungsmaßnahmen (Achtelik)	814
§ 25i	KWG – Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld (Achtelik)	850
§ 25j	KWG – Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung (Achtelik)	858
§ 25k	KWG – Verstärkte Sorgfaltspflichten (Achtelik)	860
§ 25l	KWG – Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesell- schaften (Achtelik)	864
§ 25m	KWG – Verbotene Geschäfte (Achtelik)	865
§ 25n	KWG (weggefallen) (Achtelik)	868

Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) (Achtelik)	869
--	-----

Strafgesetzbuch

§ 89c	Terrorismusfinanzierung (El-Ghazi)	881
§ 261	StGB – Geldwäsche; Verschleierung unrechtsmäßig erlangter Vermögenswerte (El-Ghazi)	902

Sachregister	973
---------------------	-----



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	S. V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Einleitung

	R.n.
I. Geldwäsche – Begriffe, Modelle, Erscheinungsformen und Normen	1
1. Verwendung des Begriffs im allgemeinen Sprachgebrauch	1
2. Begriff der Geldwäsche in der Kriminologie	3
3. Modelle der Geldwäsche	5
a) Überblick der Modelle	6
b) Das herrschende Drei-Phasen-Modell	7
4. Erscheinungsformen der Geldwäsche – ausgewählte Beispiele	12
a) Fingierte Firmen und Geschäfte	12
b) Nutzung von „gatekeeper“-Berufsgruppen	19
c) „Offshore“-Finanzplätze	24
d) Informelle Geldtransfersysteme (Hawala uÄ)	27
e) Intransparente geschäftliche Organisationsformen	38
f) Schnittmengen von Geldwäsche und Steuerkriminalität	43
g) Immobilien, Kunst und Luxusgüter	45
h) Versicherungspolicen und Finanzmarktprodukte	52
i) Weitere Erscheinungsformen der Geldwäsche – insbesondere im virtuellen Bereich	54
5. Typologien verdächtiger Transaktionen	55
6. Konzepte der Geldwäschebekämpfung im internationalen Kontext	57
a) Vereinte Nationen	58
b) Gruppe der Sieben (G-7) bzw. der Acht (G-8)	59
c) Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF)	60
d) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)	72
e) Europarat	73
f) Europäische Gemeinschaft	77
7. Die strafrechtliche Dimension – der Geldwäschetatbestand des § 261 StGB	93
II. Gesellschaftliche und ökonomische Gefahren von profitorientierter Kriminalität und „schmutzigem“ Geld	100
1. Erkenntnisse über die Strukturen profitorientierter Kriminalität – „Mafia“	100
2. Investitionsverhalten	103
3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen	104
4. Paradoxon: Der Boom der AML-Industrie	105
III. Geldwäsche als Kriminalität der Mächtigen; politisch exponierte Personen	106
1. Kleptokratien	106
2. Korruption	109
3. Politisch exponierte Personen (PEP)	115
IV. Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	123

	Rn.
1. Politischer Kontext 9/11	123
2. Terrorismus – Probleme der Begriffsdefinition und Zuordnung von Phänomenen	127
3. Volumen und Erscheinungsformen der Terrorismusfinanzierung	130
4. „Kosten“ von terroristischen Aktivitäten	134
5. Praxis und rechtliche Problematik der Bekämpfung der Terrorismus- finanzierung durch Listings	136
V. Die Entwicklung der Geldwäschebekämpfung vom rule based zum risk based approach	145
VI. Geldwäschebekämpfung als Teil einer expandierenden Sicherheitsarchitektur	154

**Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
Geldwäschegesetz – GwG**

Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete

§ 1 Begriffsbestimmungen

I. Allgemeines	1
II. Begriff der Geldwäsche (Abs. 1)	7
III. Terrorismusfinanzierung (Abs. 2)	10
1. Taten nach §§ 129a, 129b StGB und dem Rahmenbeschluss 2002/475/JI	12
2. Begehung einer Tat nach § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung)	15
3. Anstiftung oder Beihilfe zu einer Tat nach Nummer 1 oder 2	19
IV. Identifizieren (Abs. 3)	20
V. Geschäftsbeziehung (Abs. 4)	26
1. Gewerbliche oder berufliche Aktivitäten der Verpflichteten	27
2. Auf eine gewisse Dauer angelegt	28
3. Verhältnis zu § 154 Abs. 2 AO	30
VI. Transaktion (Abs. 5)	34
VII. Trust (Abs. 6)	39
VIII. Vermögensgegenstand (Abs. 7)	42
IX. Glücksspiele im Internet (Abs. 8)	44
X. Güterhändler (Abs. 9)	49
XI. Hochwertige Güter (Abs. 10)	52
XII. Immobilienmakler (Abs. 11)	54
XIII. Politisch exponierte Personen (Abs. 12)	57
XIV. Familienmitglied (Abs. 13)	59
XV. Bekanntermaßen nahestehende Person (Abs. 14)	61
XVI. Mitglied der Führungsebene (Abs. 15)	62
XVII. Gruppe (Abs. 16)	63
XVIII. Drittstaat (Abs. 17)	65
XIX. E-Geld (Abs. 18)	66
XX. Aufsichtsbehörde (Abs. 19)	73
XXI. Zuverlässigkeit eines Mitarbeiters (Abs. 20)	74
XXII. Korrespondenzbeziehung (Abs. 21)	76
XXIII. Bank-Mantelgesellschaft (Abs. 22)	78

§ 2 Verpflichtete, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines	1
II. Kreditinstitute (Abs. 1 Nr. 1)	3

	Rn.
1. Begriff der Kreditinstitute im Sinne des GwG	3
2. Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 KWG	10
a) Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG)	14
b) Pfandbriefgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a KWG)	15
c) Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG)	16
d) Diskontgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 KWG)	17
e) Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG)	18
f) Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG)	19
g) Revolvinggeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 KWG)	20
h) Garantieggeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG)	21
i) Scheck- und Wechseleinzugsgeschäft, Reisescheckgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 KWG)	22
j) Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG)	23
k) Tätigkeit als zentrale Gegenpartei im Sinne von § 1 Abs. 31 KWG (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 KWG)	24
III. Finanzdienstleistungsinstitute (Abs. 1 Nr. 2)	25
1. Begriff der Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne des GwG	25
2. Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1a KWG	27
a) Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1 KWG)	32
b) Anlageberatung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1a KWG)	33
c) Betrieb eines multilateralen Handelssystems (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1b KWG)	36
d) Platzierungsgeschäft (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1c KWG)	37
e) Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 2 KWG)	38
f) Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 3 KWG)	39
g) Eigenhandel (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 4 KWG)	40
h) Drittstaateneinlagenvermittlung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 5 KWG)	41
i) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 6 KWG aF)	42
j) Sortengeschäft (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 7 KWG)	43
k) Ausgabe und Verwaltung von Kreditkarten und Reiseschecks (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 8 KWG aF)	44
l) Factoring (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 9 KWG)	45
m) Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 10 KWG)	52
n) Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 11 KWG)	59
o) Eingeschränktes Verwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 12 KWG)	63
IV. Institute iSd § 1 Abs. 2a Zahlungsdienstleistungsgesetz (Abs. 1 Nr. 3)	64
1. Institutsbegriff iSd § 1 Abs. 2a ZAG	64
2. Zahlungsinstitute iSv § 1 Abs. 1 Nr. 5 ZAG	67
a) Ein- und Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 ZAG)	69
b) Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 ZAG)	71
c) Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 ZAG)	77
d) Zahlungsauthentifizierungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 ZAG)	78
e) Digitalisiertes Zahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 5 ZAG)	82
f) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 6 ZAG)	84
3. E-Geld-Institute iSv § 1a Abs. 1 Nr. 5 ZAG	89
V. Agenten und E-Geld-Agenten iSd § 1 Abs. 7 und § 1a Abs. 6 ZAG (Abs. 1 Nr. 4)	91
VI. Selbständige Gewerbetreibende (Abs. 1 Nr. 5)	97
VII. Finanzunternehmen (Abs. 1 Nr. 6)	107
1. Begriff	107
2. Geschäftsaktivitäten	108
VIII. Versicherungsunternehmen (Abs. 1 Nr. 7)	116

	Rn.
1. Fallgestaltungen	117
2. Produkte	119
3. Anwendungsbereich	123
4. §§ 52 ff. VAG	127
IX. Versicherungsvermittler (Abs. 1 Nr. 8)	130
X. (Kapital-)verwaltungsgesellschaften (Abs. 1 Nr. 9)	137
XI. Rechtsanwälte, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte und Notare (Abs. 1 Nr. 10)	141
XII. Nicht verkammerte Rechtsbeistände und registrierte Personen iSv § 10 RDG (Abs. 1 Nr. 11)	154
XIII. Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte (Abs. 1 Nr. 12)	160
XIV. Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen und Treuhänder (Abs. 1 Nr. 13)	166
XV. Immobilienmakler (Abs. 1 Nr. 14)	169
XVI. Veranstalter und Vermittler von Glücksspiel (Abs. 1 Nr. 15)	173
XVII. Güterhändler (Abs. 1 Nr. 16)	180
XX. Verordnungsermächtigung (Abs. 2)	184

§ 3 Wirtschaftlich Berechtigte

I. Begriff (Abs. 1)	1
II. Juristische Personen und sonstige Gesellschaften (Abs. 2)	5
1. Allgemeines	5
2. Fallkonstellationen	7
a) Eigentümerngleiche Stellung bzw. Kontrolle	7
b) Kontrollbegriff und Vermutungsregel bei Gesellschaften, jur. Personen und Personenmehrheiten	8
III. Rechtsfähige Stiftungen und weitere Rechtsgestaltungen (Abs. 3)	14
1. Allgemeines	14
2. Fallkonstellationen	16
IV. Handeln auf Veranlassung (Abs. 4)	22

Abschnitt 2. Risikomanagement

§ 4 Risikomanagement

I. Allgemeines	1
II. Risikomanagement (§ 4 Abs. 1 GwG, § 4 Abs. 2 GwG)	4
1. Wirksamkeit des Risikomanagements	5
2. Angemessenheit des Risikomanagements	9
III. Verantwortlichkeit der Leitungsebene	10

§ 5 Risikoanalyse

I. Allgemeines	1
II. Ermittlung und Bewertung von Risiken (§ 5 Abs. 1 GwG)	6
1. Risikofaktoren (§ 5 Abs. 1 S. 2 GwG)	8
2. Berücksichtigung der Informationen aus der nationalen Risikoanalyse (§ 5 Abs. 1 S. 2 GwG)	13
3. Aufbau und Umfang der Risikoanalyse (§ 5 Abs. 1 S. 3 GwG)	14
III. Pflichten in Bezug auf die Risikoanalyse	15

	Rn.
1. Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 GwG)	16
a) Anwendungsbereich	17
b) Umfang der Dokumentationspflicht	18
2. Überprüfung und Aktualisierung (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 GwG)	19
IV. Befreiung von der Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 4 GwG)	20

§ 6 Interne Sicherungsmaßnahmen

I. Allgemeines (Abs. 1)	1
II. Interne Sicherungsmaßnahmen (Abs. 2)	3
1. Ausarbeitung interner Grundsätze, Verfahren und Kontrollen (Abs. 2 Nr. 1)	4
2. Geldwäschebeauftragter nach § 7 GwG (Abs. 2 Nr. 2)	6
3. Gruppenweite Verfahren nach § 9 (Abs. 2 Nr. 3)	8
4. Verhinderung des Missbrauchs neuer Technologien (Abs. 2 Nr. 4)	9
5. Zuverlässigkeitsprüfung (Abs. 2 Nr. 5)	11
6. Unterrichtungspflicht (Abs. 2 Nr. 6)	13
7. Unabhängige Prüfung (Abs. 2 Nr. 7)	18
III. Besondere Anforderungen an Glücksspielbetriebe und –Vermittler (Abs. 4)	19
IV. Vertraulichkeit der Identität bei Meldung von Verdachtsfällen (Abs. 5)	21
V. Vorkehrungen zur Auskunftserteilung (Abs. 6)	22
VI. Durchführung durch einen Dritten (Abs. 7)	23
VII. Ermächtigung der Aufsichtsbehörde im Einzelfall (Abs. 8 und 9)	27

§ 7 Geldwäschebeauftragter

I. Allgemeines	1
II. Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten (Abs. 2)	7
III. Ermächtigung der Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	9
IV. Bestellung und Entpflichtung (Abs. 4)	10
V. Pflichten, Kompetenzen und Ausstattung des Geldwäschebeauftragten (Abs. 5)	13
VI. Umgang mit Daten und Informationen (Absatz 6)	20
VII. Der Geldwäschebeauftragte als Arbeitnehmer (Abs. 7)	21

§ 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht

I. Allgemeines (Abs. 1)	1
1. Anwendungsbereich (Abs. 1 Nr. 1 – 4)	3
2. Umfang der Aufzeichnungspflicht	4
II. Art der Aufzeichnung von Identitätsnachweisen des Vertragspartners, für diesen auftretender Personen oder wirtschaftlich Berechtigter (Abs. 2)	9
III. Digitale Speicherung (Abs. 3)	12
IV. Aufbewahrungsfrist und Vernichtung (Abs. 4)	17
V. Vorlage bei einer öffentlichen Stelle (Abs. 5)	19

§ 9 Gruppenweite Einhaltung von Pflichten

I. Allgemeines	1
II. Verpflichtete	4
III. Gruppenweite Pflichten	5
IV. Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in anderen EU-Staaten	11
V. Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in Drittstaaten	12
VI. Bußgeldvorschriften	15

Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden**§ 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines	1
II. Allgemeine Sorgfaltspflichten (Abs. 1)	5
1. Identifizierung des Vertragspartners (Abs. 1 Nr. 1)	7
2. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1 Nr. 2)	13
a) Abklärung bei natürlichen Personen	17
b) Abklärung bei juristischen Personen und Personengesellschaften	19
3. Ermittlung des Geschäftszweckes (Abs. 1 Nr. 3)	21
4. Feststellung der politisch exponierte Person (Abs. 1 Nr. 4)	26
5. Überwachung der Geschäftsbeziehung (Abs. 1 Nr. 5)	29
III. Risikoorientierte Bestimmung des Maßnahmenumfangs (Abs. 2)	38
1. Risikofaktoren nach Anlage 1 und 2 des Geldwäschegesetzes	42
2. Risikoeinstufung und Kernsorgfaltspflichten	52
3. Errichtung interner Kontrollen	54
4. Darlegungspflicht (§ 10 Abs. 2 S.4 GwG)	57
IV. Pflichtauslösende Ereignisse (Abs. 3)	58
1. Begründung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 2 Satz 1 Nr. 1)	59
2. Transaktionen außerhalb einer dauerhaften Geschäftsbeziehung (Abs. 3 Satz 1 Nr. 2)	63
a) Sorgfaltspflichten auslösende Geschäftsvorfälle	69
b) Verdacht auf Smurfing	88
3. Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (Abs. 2 Satz 1 Nr. 3)	92
4. Zweifel über Identitätsangaben (Abs. 3 Satz 1 Nr. 4)	100
V. Erbringung von Zahlungsdiensten (Abs. 4)	103
VI. Identifizierungspflicht der Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen (Abs. 5)	106
VII. Privilegierung für Güterhändler (Abs. 6)	110
VIII. Ausgabe von E-Geld (Abs. 7)	114
IX. Mitteilungspflicht der Versicherungsvermittler (Abs. 8)	117
X. Beendigungsverpflichtung (Abs. 9)	122

§ 11 Identifizierung

I. Allgemeines	1
II. Zeitpunkt der Identifizierung (§ 11 Abs. 1 GwG iVm §§ 25j KWG, 54 VAG)	3
III. Maklervertrag (Abs. 2)	8
IV. Absehen von Identifizierung (Abs. 3)	10
V. Erhebung von Angaben zur Identifizierung (Abs. 4)	17
VI. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 5)	18
1. Feststellung und Verifizierung der Identität	21
2. Sonderfälle	28
VII. Mitwirkungspflicht des Vertragspartners (Abs. 6)	42

§ 12 Identitätsprüfung, Verordnungsermächtigung

I. Identitätsüberprüfung bei natürlichen Personen (Abs. 1)	1
II. Identitätsüberprüfung bei juristischen Personen (Abs. 2)	17
III. Verordnungsermächtigung (Abs. 3)	21

§ 13 Verfahren zur Identitätsprüfung

I. Allgemeines	1
II. Verfahren (Abs. 1)	2
III. Verordnungsermächtigung (Abs. 2)	4

§ 14 Vereinfachte Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines	1
II. Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Abs. 1)	5
III. Reduzierung von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	8
IV. Erfüllbarkeit vereinfachter Sorgfaltspflichten (Abs. 3)	11
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 4)	12
VI. Verordnung (EU) 2015/8472 – Geldtransferverordnung (Abs. 5)	13

§ 15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines	1
II. Übergreifende Regelungen zu verstärkten Sorgfaltspflichten	3
III. Politisch exponierte Personen	7
1. Hintergründe der Regelung	8
2. Erfasster Personenkreis	9
3. Die verstärkten Sorgfaltspflichten	17
a) Zustimmung zur Begründung der Geschäftsbeziehung	18
b) Bestimmung der Herkunft von Vermögenswerten	21
c) Verstärkte kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung	24
4. Bewertung der Regelungen zu politisch exponierten Personen	27
IV. Hochrisiko-Drittstaaten	31
V. Auffällige Transaktionen	33
VI. Korrespondenzbeziehungen	35
VII. Sonstige Fälle höheren Risikos (Abs. 8)	45
VIII. Videoidentifizierungsverfahren	47
IX. Bußgeldvorschriften	48

§ 16 Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet

I. Allgemeines	1
II. Verpflichtete der Norm	6
III. Spielerkonto, Zahlungsströme, Identifizierung	7
IV. Bußgeldvorschriften	13

**§ 17 Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte,
vertragliche Auslagerung**

I. Allgemeines	1
II. Kreis der kraft Gesetzes zuverlässigen Dritten (Abs. 1)	5
III. Drittstaat mit hohem Risiko (Abs. 2)	10
IV. Rückgriff auf Dritte – Voraussetzungen (Abs. 3)	14
V. Erfüllung der Voraussetzungen (Abs. 4)	17
VI. Übertragung auf andere geeignete Personen und Unternehmen (Abs. 5)	19
VII. Beeinträchtigungen (Abs. 6)	30
VIII. Zuverlässigkeit der Personen oder der Unternehmen (Abs. 7)	31
IX. Vereinbarung nach Absatz 5 mit deutschen Botschaften, Auslandshandelskammern oder Konsulaten (Abs. 8)	33
X. § 25b KWG (Abs. 9)	36

Abschnitt 4. Transparenzregister

§ 18 Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle

I. Allgemeines	1
II. Einrichtung eines Transparenzregisters (Abs. 1)	4
III. Hoheitliche Aufgabe des Bundes (Abs. 2)	5
IV. Aufklärungsmöglichkeiten der registerführenden Stelle (Abs. 3)	6
V. Ausdruck von Daten (Abs. 4)	7
VI. Informationssicherheitskonzept (Abs. 5)	9
VII. Verordnungsermächtigung (Abs. 6)	10

§ 19 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten

I. Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1)	1
II. Verweis auf § 3 GwG (Abs. 2)	3
III. Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses (Abs. 3)	7

§ 20 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen

I. Juristische Personen des Privatrechts und eingetragene Personengesellschaften (Abs. 1)	1
1. Erfasste Vereinigungen und Rechtsgestaltung	4
2. Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten und zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses	6
II. Anderweitige Dokumente und Registereintragungen (Abs. 2)	9
1. Handelsregister (§ 8 HGB)	13
2. Partnerschaftsregister (§ 5 Partnerschaftsgesellschaftsgesetz)	16
3. Genossenschaftsregister (§ 10 Genossenschaftsgesetz)	17
4. Vereinsregister (§ 55 BGB)	19
5. Unternehmensregister (8b Abs. 2 HGB)	21
III. Mitteilung von Änderungen (Abs. 3 und 4)	23
IV. Befugnisse der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und der Aufsichtsbehörden (Abs. 5)	27

§ 21 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen

I. Verwalter von Trusts (Trustees) mit Wohnsitz oder Sitz in Deutschland (Abs. 1)	1
II. Treuhänder mit Wohnsitz oder Sitz in Deutschland (Abs. 2)	6
III. Befugnisse der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und der Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	9

§ 22 Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung

I. Zugängliche Dokumente (Abs. 1)	1
II. Übermittlung der Indexdaten (Abs. 2)	4
III. Verordnungsermächtigung (Abs. 3)	5
IV. Verordnungsermächtigung (Abs. 4)	8

§ 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung

I. Einsichtnahme (Abs. 1)	1
II. Beschränkung auf Antrag (Abs. 2)	6
III. Online-Registrierung und Protokollierung (Abs. 3)	9
IV. Suchfunktion (Abs. 4)	11
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 5)	13

§ 24 Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung

I. Gebühren und Auslagen (Abs. 1 und 2)	1
II. Verordnungsermächtigung (Abs. 3)	4

§ 25 Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung

I. Verordnungsermächtigung für die Beleihung (Abs. 1)	1
II. Voraussetzung der Beleihung (Abs. 2)	4
III. Dauer der Beleihung (Abs. 3)	6
IV. Führung des kleinen Bundessiegels (Abs. 4)	8
V. Gebührenerhebung (Abs. 5)	10
VI. Fach- und Rechtsaufsicht (Abs. 6)	13
VII. Anderweitige Übertragung der Zuständigkeit (Abs. 7)	16

§ 26 Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung

I. Europäisches System der Registervernetzung (Abs. 1)	1
II. Verordnungsermächtigung (Abs. 2)	3

Vorbemerkungen zu Abschnitt 5 – Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

Abschnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

§ 27 Zentrale Meldestelle

I. Allgemeines	1
II. Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen als zentrale Meldestelle (Abs. 1)	7
III. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 2)	8

§ 28 Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit

I. Allgemeines	1
II. Aufgaben der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 1)	2
Nr. 1: Entgegennahme und Sammlung von Meldungen nach diesem Gesetz	3
Nr. 2: Durchführung von operativen Analysen einschließlich der Bewertung von Meldungen und sonstigen Informationen,	4
Nr. 3: Informationsaustausch und die Koordinierung mit inländischen Aufsichtsbehörden	7

	Rn.
Nr. 4: Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit zentralen Meldestellen anderer Staaten	10
Nr. 5: Untersagung von Transaktionen und die Anordnung von sonstigen Sofortmaßnahmen	11
Nr. 6: Übermittlung der sie betreffenden Ergebnisse der operativen Analyse nach Nummer 2 und zusätzlicher relevanter Informationen an die zuständigen inländischen öffentlichen Stellen	12
Nr. 7: Rückmeldung an den Verpflichteten, der eine Meldung nach § 43 Absatz 1 abgegeben hat	14
Nr. 8: Durchführung von strategischen Analysen und Erstellung von Berichten aufgrund dieser Analysen	15
Nr. 9: Austausch mit den Verpflichteten sowie mit den inländischen Aufsichtsbehörden und für die Aufklärung, Verhinderung oder Verfolgung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zuständigen inländischen öffentlichen Stellen insbesondere über entsprechende Typologien und Methoden	18
Nr. 10: Erstellung von Statistiken zu den in Artikel 44 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 genannten Zahlen und Angaben	19
Nr. 11: Veröffentlichung eines Jahresberichts über die erfolgten operativen Analysen	20
Nr. 12: Teilnahme an Treffen nationaler und internationaler Arbeitsgruppen	21
Nr. 13: Wahrnehmung weiterer übertragener Aufgaben	22
III. Aufsicht über die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 2)	23
IV. Zusammenarbeit mit den zuständigen inländischen Behörden (Abs. 3)	24
V. Information der für das Besteuerungsverfahren oder den Schutz der sozialen Sicherungssysteme zuständigen Behörden (Abs. 4)	27
 § 29 Datenverarbeitung und weitere Verwendung	
I. Hinweise zur Reform des Datenschutzrechts	1
II. Allgemeines	5
III. Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 1)	10
IV. Datenabgleich (Abs. 2)	21
V. Verarbeitung zu Fortbildungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Abs. 3)	22
 § 30 Entgegennahme und Analyse von Meldungen	
I. Allgemeines	1
II. Entgegennahme und Verarbeitung von Meldungen (Abs. 1)	3
III. Operative Analyse von Meldungen (Abs. 2)	10
IV. Einholung von Informationen von Verpflichteten (Abs. 3)	17
 § 31 Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht	
I. Allgemeines	1
II. Datenerhebung bei inländischen öffentlichen Stellen (Abs. 1)	3
III. Pflicht der angefragten Stellen zur unverzüglichen Beantwortung (Abs. 2)	5
IV. Automatisierte Datenübermittlung (Abs. 3)	6
V. Befugnis zum automatisierten Abgleich (Abs. 4)	13

	Rn.
1. Allgemeines	13
2. Abgleich mit Daten, die im polizeilichen Informationssystem gespeichert sind (Satz 1)	14
3. Differenzierung hinsichtlich der betroffenen Daten („Mischmodell“) (Sätze 2 bis 5)	16
4. Einrichtung eines weitergehenden automatisierten Abrufverfahrens (Satz 6)	19
VI. Auskunftspflicht der Finanzbehörden (Abs. 5)	21
VII. Kontoabrufverfahren nach § 24c KWG (Abs. 6)	24
VIII. Datenabruf bei Meldebehörden (Abs. 7)	29

§ 32 Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen

I. Allgemeines	1
II. Datenübermittlung an das Bundesamt für Verfassungsschutz (Abs. 1)	5
III. Datenübermittlung an die Strafverfolgungsbehörden, den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz bei Verdacht auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder eine sonstige Straftat (Abs. 2)	9
IV. Datenübermittlung an inländische Behörden in sonstigen Fällen (Abs. 3)	18
1. Datenübermittlung auf Ersuchen der Strafverfolgungsbehörden, des Bundesamts für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes oder des Militärischen Abschirmdienstes (Satz 1)	18
2. Datenübermittlung zum Zwecke der Durchführung eines Besteuerungsverfahrens, für Verfahren zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme und für die Aufgabenwahrnehmung der Aufsichtsbehörden (Satz 2)	21
V. Automatisierter Datenabruf der Strafverfolgungsbehörden und des Bundesamts für Verfassungsschutz (Abs. 4)	26
VI. Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 5)	29
VII. Datenübermittlung der Strafverfolgungsbehörde an die zuständige Finanzbehörde bei Einleitung eines Strafverfahrens (Abs. 6)	33
VIII. Verwendungsbeschränkung, Zweckänderung (Abs. 7)	38

§ 33 Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union

I. Allgemeines	1
II. Grundsätze der zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleistenden Zusammenarbeit (Abs. 1)	5
III. Datenübermittlung im internationalen Bereich (Abs. 2)	13
IV. Auskunftersuchen an zentrale Meldestellen anderer Staaten zu in Deutschland tätigen Verpflichteten (Abs. 3)	15
V. Ablehnung eingehender Ersuchen anderer zentraler Meldestellen eines EU-Mitgliedstaates (Abs. 4)	16
VI. Verwendungs- und Weiterleitungsbeschränkungen bei der Beantwortung ausländischer Auskunftersuchen (Abs. 5)	23

§ 34 Informationsersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit

§ 35 Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit

I. Allgemeines	1
II. Weiterleitung von Verdachtsmeldungen an zentrale Meldestellen anderer Staaten (Abs. 1)	3
III. Beantwortung von Ersuchen ausländischer zentraler Meldestellen (Abs. 2)	5
IV. Anforderungen an eingehende Ersuchen (Abs. 3)	11
V. Sonstige Datenübermittlungen an ausländische zentrale Meldestellen (Abs. 4)	17
VI. Datenschutzrechtliche Prüfpflicht (Abs. 5)	19
VII. Verwertungsbeschränkungen (Abs. 6)	20
VIII. Hinderungsgründe für die Datenübermittlung (Abs. 7)	21
IX. Regelbeispiele für ein Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 8)	26
X. Darlegung der Ablehnungsgründe (Abs. 9)	29
XI. Dokumentation und Aufbewahrung (Abs. 10)	33

§ 36 Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund

§ 37 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien

I. Allgemeines	1
II. Berichtigung unrichtig gespeicherter personenbezogener Daten (Abs. 1)	3
III. Löschung gespeicherter personenbezogener Daten (Abs. 2)	8
IV. Einschränkung der Verarbeitung der gespeicherten personenbezogenen Daten (Abs. 3)	11
V. Prüffristen bei der Datenaussonderung (Abs. 4 und 5)	18
VI. Datenschutzrechtliche Prüfung bei der Datenübermittlung (Abs. 6)	20
VII. Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 7)	24

§ 38 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind

I. Allgemeines	1
II. Dokumentationspflicht bei Feststellung unrichtiger Daten (Abs. 1)	3
III. Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 2)	4
IV. Pflicht zur Vernichtung von Unterlagen (Abs. 3 und 4)	6
V. Abgabe an das zuständige Archiv bei bleibendem Wert der Unterlagen (Abs. 5)	8
VI. Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 6)	9

§ 39 Errichtungsanordnung

I. Allgemeines	1
II. Pflicht zum Erlass von Errichtungsanordnungen; Zustimmungs- und Anhörungspflichten (Abs. 1)	3
III. Vorgaben für den Inhalt der Errichtungsanordnungen (Abs. 2)	5
IV. Kompetenz der Generalzolldirektion zur Sofortanordnung in eilbedürftigen Fällen (Abs. 3)	7
V. Turnusmäßige Prüfpflichten (Abs. 4)	8

§ 40 Sofortmaßnahmen

I. Allgemeines	1
II. Befugnis zur Anordnung von Sofortmaßnahmen (Abs. 1)	6
III. Sofortmaßnahmen aufgrund des Ersuchens einer zentralen Meldestelle eines anderen Staates (Abs. 2)	12
IV. Aufhebung von Sofortmaßnahmen (Abs. 3)	17
V. Dauer von Sofortmaßnahmen (Abs. 4)	21
VI. Freigabe von Vermögensgegenständen auf Antrag (Abs. 5)	25
VII. Rechtsmittel gegen Sofortmaßnahmen (Abs. 6)	30

§ 41 Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten

I. Allgemeines	1
II. Eingangsbestätigung (Abs. 1)	5
III. Rückmeldung zur Relevanz der Meldung (Abs. 2)	8

§ 42 Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

I. Allgemeines	1
II. Rückmeldepflicht der Staatsanwaltschaft in Strafverfahren (Abs. 1)	5
III. Rückmeldepflicht sonstiger inländischer öffentlicher Stellen (Abs. 2)	13

Vorbemerkung zu Abschnitt 6 – Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten

I. Allgemeines	1
II. Aufwand und Nutzen	7

Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten**§ 43 Meldepflicht von Verpflichteten**

I. Allgemeines	1
1. Historie	1
2. Rechtsnatur von Meldungen nach §§ 43, 44	5
3. Verhältnis zu Strafanzeigen	9
II. Meldepflichten (Abs. 1)	13
1. Allgemeines	13
2. Verdachtsschöpfung	16
3. Verdachtsgrad	22
a) Anforderungen an den Verdachtsgrad für eine Meldepflicht	22
b) Kritische Anmerkungen	28
4. Die einzelnen Meldepflichten	32
a) Verdacht auf Geldwäsche (Abs. 1 Nr. 1)	32
b) Verdacht auf Terrorismusfinanzierung (Abs. 1 Nr. 2)	40
c) Verstoß gegen Offenlegungspflicht (Abs. 1 Nr. 3)	48
5. Unabhängigkeit vom Wert des betroffenen Vermögensgegenstandes oder der Transaktionshöhe	53
6. Unverzüglichkeit der Verdachtsmeldung	54
7. Adressat der Verdachtsmeldung	57

	Rn.
III. Sonderregelungen bei der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnissen (Abs. 2)	62
1. Vorbemerkung	62
2. Befreiung von der Meldepflicht bei der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnissen (Abs. 2 S. 1)	67
3. Rückausnahme: Missbrauch des Mandatsverhältnisses für Zwecke der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung oder einer anderen Straftat (Abs. 2 S. 2)	71
IV. Meldepflicht für internationale Verpflichtete (Abs. 3)	78
V. Verhältnis der Meldepflicht zu § 261 Abs. 9 StGB (Abs. 4)	79
VI. Bestimmung typisierter Transaktionen durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 5)	82

§ 44 Meldepflicht von Aufsichtsbehörden

I. Allgemeines	1
II. Meldepflicht der Aufsichtsbehörden (Abs. 1)	5
III. Meldepflicht der für die Überwachung der Aktien-, Devisen- und Finanzderivatemärkte zuständigen Behörden (Abs. 2)	8

§ 45 Form der Meldung, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines	1
II. Grundsätzliche Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1)	4
III. Ausnahmeregelung bei unbilliger Härte (Abs. 2)	11
IV. Pflicht zur Verwendung des amtlichen Vordrucks bei Übermittlung auf dem Postweg (Abs. 3)	12
V. Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen (Abs. 4)	13

§ 46 Durchführung von Transaktionen

I. Allgemeines	1
II. Anhaltepflicht („Fristfallregelung“) (Abs. 1)	3
III. Ausnahmeregelung („Eilfallregelung“) (Abs. 2)	13

§ 47 Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines	1
II. Verbot der Informationsweitergabe (Abs. 1)	3
III. Ausnahmen vom Verbot der Informationsweitergabe (Abs. 2)	12
1. Übermittlung an staatliche Stellen (Satz 1 Nr. 1)	14
2. Übermittlung zwischen Verpflichteten, die derselben Gruppe angehören (Satz 1 Nr. 2)	16
3. Übermittlung zwischen Kreditinstituten und Finanzinstituten und ihren nachgeordneten Gruppenunternehmen in Drittstaaten (Satz 1 Nr. 3)	18
4. Übermittlung zwischen Rechtsberatern (Satz 1 Nr. 4)	20
5. Übermittlung in Fällen, die sich auf denselben Vertragspartner und dieselbe Transaktion beziehen (Satz 1 Nr. 5)	23
6. Verwendungsvorbehalt (Satz 2)	25
IV. Verschwiegenheitsverpflichtung für andere staatliche Stellen (Abs. 3)	26
V. Sonderregelung für rechts- und wirtschaftsberatende Berufe (Abs. 4)	29
VI. Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nr. 1 bis 9 (Abs. 5)	32
VII. Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 6)	36

§ 48 Freistellung von der Verantwortlichkeit

I. Allgemeines	1
II. Freistellung von der Verantwortlichkeit für den Meldenden bzw. Anzeigenden (Abs. 1)	5
III. Geltung für unternehmensinterne Meldungen und Auskunftsverlangen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Abs. 2)	11

§ 49 Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten

I. Allgemeines	1
II. Auskunft an den Betroffenen bei noch laufender operativer Analyse (Abs. 1)	12
III. Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn von einer Weiterleitung an Strafverfolgungsbehörden abgesehen wurde (Abs. 2)	18
IV. Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn der Sachverhalt an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurde (Abs. 3)	23
V. Schutz von Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verpflichteten stehen (Abs. 4)	25

Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz**§ 50 Zuständige Aufsichtsbehörde**

I. Allgemeines	1
II. Die zuständigen Behörden	3

§ 51 Aufsicht

I. Allgemeines	1
II. Ausübung der Aufsicht (Abs. 1)	3
III. Maßnahmen und Anordnungen (Abs. 2)	4
IV. Durchführung von Prüfungen (Abs. 3)	5
V. Kostenerhebung (Abs. 4)	7
VI. Untersagung der Geschäfts- oder Berufsausübung (Abs. 5)	8
VII. Sonderzuständigkeit (Abs. 6)	9
VIII. Zusätzliche Auskunftsmöglichkeiten im Kontext des Glücksspiels (Abs. 7)	10
IX. Auslegungs- und Anwendungshinweise (Abs. 8)	11
X. Dokumentationspflichten der Aufsichtsbehörden (Abs. 9)	12

§ 52 Mitwirkungspflichten

I. Allgemeines	1
II. Auskünfte und Prüfungen durch die zuständigen Behörden (Abs. 1 bis 3)	3
III. Auskunftsverweigerungsrechte (Abs. 4, 5)	4

§ 53 Hinweise auf Verstöße

I. Allgemeines	1
II. System zur Annahme von Hinweisen potentieller oder tatsächlicher Verstöße (Abs. 1 und Abs. 2)	2

	Rn.
III. Umgang mit personenbezogenen Daten des Betroffenen und des Hinweisgebers (Abs. 2 bis Abs. 4)	4
IV. Rechtsfolgen für den Hinweisgeber (Abs. 5)	7
V. Ausschluss der Einschränkung von Rechten der Hinweisgeber (Abs. 6)	8
VI. Keine Beschränkung von Verfahrensrechten Betroffener (Abs. 7)	9

§ 54 Verschwiegenheitspflicht

I. Allgemeines	1
II. Grenzen für ein Offenbaren oder für eine Verwertung von dienstlich erlangten Tatsachen (§ 54 Abs. 1 bis Abs. 3)	3
III. Weitergabe von Tatsachen (§ 54 Abs. 4)	4

§ 55 Zusammenarbeit mit anderen Behörden

I. Allgemeines	1
II. Grundsatz der umfassenden Zusammenarbeit (Abs. 1)	3
III. Übermittlung der Daten aus der Gewerbeanzeige an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 2)	5
IV. Übermittlung der Daten aus der FinVermV und der VersVermV an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	8
V. Weitergehende Befugnisse der Aufsichtsbehörden zur Datenverarbeitung (Abs. 4)	12
VI. Koordination von Maßnahmen in grenzüberschreitenden Fällen (Abs. 5)	13
VII. Datenübermittlung an Europäische Aufsichtsbehörden über Finanzinstitute (Abs. 6)	14

§ 56 Bußgeldvorschriften

I. Allgemeines	1
II. Bußgeldkatalog (Abs. 1)	9
1. Allgemeines	9
2. Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1 bis 64)	14
III. Bußgeldrahmen (Abs. 2 und 3)	62
1. Allgemeines	62
2. Bemessung der Geldbuße	68
IV. Gesamtumsatz (Abs. 4)	75
V. Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden (Abs. 5)	78
VI. Besonderheiten in Fällen der Zuständigkeit des Finanzamts als Verwaltungsbehörde (Abs. 6)	80
VII. Überprüfung im Hinblick auf einschlägige Verurteilung (Abs. 7)	84
VIII. Information der zuständigen Europäischen Aufsichtsbehörde (Abs. 8)	85

§ 57 Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen

I. Allgemeines	1
II. Öffentliche Bekanntmachung (§ 57 Abs. 1)	5
III. Aufschiebung der Bekanntmachung (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3)	6
IV. Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4)	7

§ 58 Datenschutz

§ 59 Übergangsregelung

**Gesetz über das Kreditwesen
(Kreditwesengesetz – KWG)**

§ 6a KWG – Besondere Aufgaben

I. Allgemeines	1
II. Voraussetzungen der Anordnungsbefugnis	3
III. Rechtsmittel	7
IV. Abgrenzung zum AWG	8
V. Exkurs: Finanzsanktionen	9

§ 24c KWG – Automatisierter Abruf von Kontoinformationen

I. Allgemeines	1
II. Verpflichtete zur Vorhaltung der Konto-Abrufdatei	3
III. Inhalt der Konto-Abrufdatei	5
IV. Abrufberechtigte	18
V. Datenschutzaspekte	26
VI. Kostentragung	28
VII. Rechtsverordnungsermächtigung	29
VIII. Sanktionen	30

**§ 25g KWG – Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten
im bargeldlosen Zahlungsverkehr**

I. Allgemeines	1
II. Geldtransferverordnung (Abs. 1 Nr. 1)	4
1. Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen (Art. 1 bis 3)	5
2. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Auftraggebers (Art. 4 bis 6)	8
3. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Begünstigten (Art. 7 bis 9)	11
4. Pflichten zwischengeschalteter Zahlungsdienstleister (Art. 10 und 13)	15
5. Informationen, Datenschutz und Aufbewahrung von Aufzeichnungen (Art. 14 bis 16)	16
6. Sanktionen, Überwachung und Ausnahmeregelungen (Art. 17 ff.)	19
III. Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (Abs. 1 Nr. 2)	22
IV. Verordnung zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in EUR (Abs. 1 Nr. 3)	23
V. Verordnung über Interbankentgelte für kartengebundene Zahlungs- vorgänge (Abs. 1 Nr. 4)	24
VI. Einrichtung von Verfahren und Kontrollsystemen (Abs. 2)	25
VII. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 3)	26

§ 25h KWG – Interne Sicherungsmaßnahmen

I. Allgemeines	1
II. Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement und Sicherungs- maßnahmen (Abs. 1)	6
III. Datenverarbeitungssysteme (Abs. 2)	15
IV. Untersuchung, Dokumentation, Informationsaustausch (Abs. 3)	23

	Rn.
V. Auslagerung interner Sicherungsmaßnahmen (Abs. 4)	27
VI. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 5)	29
VII. Einrichtung einer zentralen Stelle (Abs. 7)	30

§ 25i KWG – Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld

I. Allgemeines	1
II. Adressaten der Regelung	4
III. Sorgfaltspflichten bei der Ausgabe von E-Geld (Abs. 1)	5
IV. Absehen von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	6
V. Verpflichtung zur Führung von E-Geld-Inhaber-Dateien (Abs. 3)	7
VI. Anordnungskompetenz der BaFin (Abs. 4)	8
VII. Gestattungsverfahren nach § 25n Abs. 5 KWG aF	9

§ 25j KWG – Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung

I. Allgemeines	1
II. Vereinfachung der Identifizierung	2

§ 25k KWG – Verstärkte Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines	1
II. Sortengeschäft (Abs. 1)	3
III. Sorgfaltspflichten für Institute, die Factoring betreiben (Abs. 2)	6

§ 25l KWG – Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften

I. Allgemeines	1
II. Pflichten für Finanzholdinggesellschaften	2

§ 25m KWG – Verbotene Geschäfte

I. Allgemeines	1
II. Verbot von Geschäftsbeziehungen mit Bank-Mantelgesellschaften (Nr. 1)	2
III. Verbot von Durchlaufkonten (Nr. 2)	3

§ 25n KWG (weggefallen)

Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG)

I. Allgemeines	1
II. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im ZAG	4
1. Erlaubniserteilung	5
2. Versagung der Erlaubnis	6
3. Anteilseignerkontrolle	7
4. Abberufung des Geschäftsleiters	8
5. Prüfung durch Abschlussprüfer	9
6. Geldwäscherechtliche Pflichten für Agenten	10
7. Besondere organisatorische Pflichten sowie Sicherungsmaßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	12
8. Zweigniederlassungen aus dem EWR	16

	Rn.
9. Zugang zu Zahlungskontodiensten	18
10. Bußgeldvorschriften	19

Strafgesetzbuch

§ 89c Terrorismusfinanzierung

I. Zweck und Normgenese	1
II. Rechtsgut und Deliktsnatur	9
III. Verfassungsrechtliche und strafrechtstheoretische Bedenken	11
IV. Tatbestände, Abs. 1 und 2	15
1. Objektiver Tatbestand, Abs. 1 und 2	17
a) Vermögenswerte	18
b) Sammeln	20
c) Entgegennehmen	23
d) Zur Verfügung stellen	24
2. Subjektiver Tatbestand, Abs. 1 und Abs. 2	28
a) Vorsatz bezüglich der eigenen Tathandlung	29
b) Dolus directus hinsichtlich einer Katalogtat nach Abs. 1 Nrn. 1 bis 8	30
c) Vorsatz bezüglich der Verwendung zur Begehung einer Katalogtat	34
d) Terrorismusbezug der vorgestellten Katalogtat, Abs. 1 S. 2	38
V. Geltung für Auslandsstaten, Abs. 3	44
1. Allgemeines	44
2. Europäisches Territorialitätsprinzip, Abs. 3 S. 1	46
3. Einschränkung für Taten außerhalb der EU, Abs. 3 S. 2	47
VI. Verfolgungsermächtigung, Abs. 4	49
VII. Rechtsfolgen	52
1. Regelstrafrahmen, Milderung und Absehen von Strafe nach Abs. 5	52
2. Minder schwerer Fall, Abs. 5	53
3. Tätige Reue	55
VIII. Konkurrenz	58

§ 261 StGB – Geldwäsche;

Verschleierung unrechtsmäßig erlangter Vermögenswerte

I. Entstehungsgeschichte	1
II. Rechtsnatur und Struktur des § 261 StGB – Überblick über die Regelung	6
III. Kriminalpolitische Ziele und Rechtsgut	11
1. Kriminalpolitische Ziele	11
2. Kriminalpolitischer Erfolg	15
3. Scheitern des kriminalpolitischen Programms	17
4. Konsequenzen für die Auslegung	19
5. Rechtsgut	21
a) Staatliche Rechtspflege und Ermittlungsinteresse der Strafverfolgungsbehörden	23
b) Rechtsgüter der Vortaten	24
c) Legalen Wirtschafts- und Finanzkreislauf und Volkswirtschaft	25
d) Innere Sicherheit	26
e) Pluralistische Rechtsgutsbestimmungen	27
f) Rechtsprechung, Auslegung und Ergebnis	28
IV. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 261 StGB im Einzelnen	34

	Rn.
1. Gegenstand	34
2. Vortaten	35
a) Generelle Anforderungen an die Vortat	36
b) Vortatenkatalog im Einzelnen	40
c) Auslandstaten	51
3. „Herrühren“ aus der Vortat	52
a) Unmittelbar aus der Tat herrührende Gegenstände	62
b) Tatmittel	64
c) Mittelbar auf die Tat zurückzuführende Gegenstände	66
d) Auswirkungen der Vermischung sauberer und schmutziger Vermö- genswerte	73
e) Spezialregelung des § 261 Abs. 1 S. 3 StGB: Geldwäscheobjekte aus Steuerstraftaten	79
f) Nachweis des „Herrührens“ aus einer Katalogtat	88
4. Tathandlungen	90
a) Verschleierungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Alt. 1	91
b) Vereitelungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Alt. 2	92
c) Isolierungstatbestand, Abs. 2	94
d) Kontrollierte Transaktionen	115
e) Geldwäsche durch Unterlassen	116
5. Straffloser Vorerwerb	120
6. Subjektiver Tatbestand	125
a) Vorsatz gem. Abs. 1 und Abs. 2	126
b) Leichtfertigkeit, Abs. 5	128
c) Auswirkungen auf gefährdete Berufsgruppen	132
7. Versuch, Abs. 3	141
V. Rechtsfolgen	143
1. Straffrahmen und Strafzumessung	143
2. Einziehung von Tatobjekten (Beziehungsgegenstände), Abs. 7	145
VI. Strafausschließungsgrund bei Vortatbeteiligung, Abs. 9 S. 2 und 3	146
1. Grundgedanke und Entwicklung	146
2. Tatidentität von Geldwäsche und Vortaten (insbes. bei BtMG-Delikten und der Steuerhinterziehung)	147
3. Alleinige Strafbarkeit der Vortat im Ausland	148
4. Erwiesensein der Vortat	149
5. Einschränkung durch Abs. 9 S. 3	150
VII. Selbstanzeige	152
VIII. Konkurrenzen	158
IX. § 262 StGB, Führungsaufsicht	160